

Ulrich Weigeldt
Bundesvorsitzender

Deutscher Hausärzteverband e. V.
Bleibtreustraße 24
10707 Berlin

Telefon 030 88714373-30
Telefax 030 88714373-40
Bundesvorsitz@hausarztverband.de

Berlin, 2. November 2016

Offener Brief an KBV- und KV-Vorstände sowie Vorstände im GKV-Spitzenverband

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen der Honorarverhandlungen 2014 hatten sich die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) und der GKV-Spitzenverband auf eine Förderung von nichtärztlichen Praxisassistentinnen (NäPa) in Hausarztpraxen verständigt. Dafür sind jährlich rund 118 Millionen Euro vorgesehen. Die Regelung trat zum 01. Januar 2015 in Kraft.

Schon damals übte der Deutsche Hausärzteverband an der vereinbarten Vergütungssystematik deutliche Kritik. Diese zielte insbesondere darauf, dass die Vielzahl bürokratischer Regelungen dazu führen würde, dass ein Großteil des Geldes nie in den hausärztlichen Praxen ankommt. Hierzu zählen unter anderem Vorgaben zur Mindestanzahl von Patienten bzw. von Patienten, die älter als 75 Jahre sind, die strukturelle Diskriminierung von Hausärztinnen und Hausärzten, die an Selektivverträgen teilnehmen, die Tatsache, dass sich die Vereinbarung ausschließlich auf NäPa bezieht, obwohl das VERAH®-Modell mit inzwischen über 9.000 zertifizierten Abschlüssen viel verbreiteter ist usw. Solche normierenden Vorgaben haben in freien Arztpraxen nichts verloren! Diese Kritik wurde jedoch von den Partnern der Selbstverwaltung ignoriert.

Stattdessen schlug der Deutsche Hausärzteverband vor, das zur Verfügung stehende Geld als Zuschlag auf die Chronikerpauschale unbürokratisch ausbezahlen. Eine ähnliche Regelung wurde auch für die extrabudgetären Gelder im fachärztlichen Versorgungsbereich getroffen.

Knapp zwei Jahre nach der Umsetzung des Beschlusses müssen wir feststellen, dass unsere damalige Kritik mehr als berechtigt war. Bis heute wird den Hausärzten und ihren Patienten ein Großteil der ihnen zustehenden Gelder vorenthalten. Es geht dabei um Summen im hohen zweistelligen Millionenbereich. Das ist aus unserer Sicht ein skandalöser Zustand!

Wir fordern die Akteure der Selbstverwaltung erneut auf, ihren Fehler zu korrigieren und die entsprechenden Gelder als Zuschlag auf die Chronikerpauschale endlich auszuzahlen. Damit würde sichergestellt, dass das Geld tatsächlich für die Versorgung der Patienten in den Hausarztpraxen zur Verfügung steht. Eine weitere Bürokratisierung und Verkomplizierung der ohnehin schon schwer zu überblickenden Regelungen im Kollektivvertragssystem sind unbedingt zu vermeiden. Die jetzt bekannt gewordenen Vorschläge der KBV sowie des GKV-Spitzenverbandes treiben die bürokratischen Belastungen demgegenüber in nicht mehr nachvollziehbarer Weise auf die Spitze. Mit Versorgungsorientierung auf unsere älteren und chronisch kranken Patienten hat das nichts mehr zu tun.

Sehr geehrte Damen und Herren – bitte machen Sie sich bewusst, dass Sie mit Ihrem Handeln den Hausärzten und ihren Patienten wichtige Gelder aktiv vorenthalten. Dies kann nicht im Interesse einer Selbstverwaltung sein, die für sich reklamiert, der Garant für die Sicherstellung der ambulanten Versorgung zu sein.

Freundliche Grüße



Ulrich Weigeldt
Bundesvorsitzender